



Direktion für Tiefbau
Verkehr und Stadtgrün
Bundesgasse 38
3001 Bern

Bern, 23.09.2018

Öffentliche Vernehmlassung «Parkierungskonzept Motorisierter Individualverkehr»

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zum «Parkierungskonzept Motorisierter Individualverkehr» Stellung nehmen zu können.

Allgemeine Bemerkungen:

- Das Grüne Bündnis (GB) begrüsst das vorliegende Parkierungskonzept. Damit wird die Motion der Fraktion GB/JA! umgesetzt, wonach die Anzahl PP auf öffentlichem Grund um 10% zu reduzieren sind.
- Das Parkierungskonzept ist eine konsequente Weiterführung, der im STEK16 formulierten ambitionierten Ziele zur Reduktion des MIV in der Stadt Bern. Das GB begrüsst diese Konkretisierungen sehr und wertet dies als Erfolg für den langjährigen politischen Einsatz für eine stadtverträgliche Mobilität.
- Wir begrüssen die Absicht der Stadt, den rechtlichen Rahmen so weit wie möglich auszuloten (z.B. bei der Bewirtschaftung von PP auf privatem Grund).
- Die Verbindlichkeit des Konzeptes ist unklar. In Abschnitt 1.3 wird erläutert, das Konzept sei behördenverbindlich. Die Massnahmen sind aber nur richtungsweisend. Uns ist auch die Unterscheidung der grün hinterlegten Bereiche vom Rest des Konzeptes nicht klar. Wenn es sich beim grün hinterlegten um verbindliche Ziele und zentrale Massnahmen handelt, welchen Stellenwert haben denn die übrigen Inhalte?
Antrag: Die Ziele und Massnahmen des Parkierungskonzeptes sind durch die Verabschiedung durch den Gemeinderat behördenverbindlich.



- Uns fehlt ein verbindlicher zeitlicher Horizont bei der Umsetzung. Das GB begrüsst die Inhalte des Parkierungskonzeptes und erachtet es als zentral, dass die Massnahmen so schnell wie möglich umgesetzt werden.
Antrag: Die Massnahmenblätter sind mit einem Zeitplan zu ergänzen.

Konkrete Hinweise, insbesondere zu den Massnahmenblättern:

- M2 Aufhebung von Strassenparkplätzen bei gewichtigeren öffentlichen Interessen: Die zentralen Massnahmen sind auf die Altstadt beschränkt. Die Ziele gelten aber für die ganze Stadt. Hier sehen wir eine Schnittstelle zum Masterplan Veloinfrastruktur: PP sollen zu Gunsten von Velomassnahmen aufgehoben werden.
Antrag: Auf dem Massnahmenblatt M2 sind weitere Massnahmen für das ganze Stadtgebiet aufzunehmen.
- M3 Reduktion der Anzahl Parkplätze im Rahmen von Planungen:
Wir begrüssen das Ziel, sich bei künftigen Planungen am autoarmen Wohnen zu orientieren. Bei den Massnahmen wird bei den Grenzwerten für den MIV unterschieden zwischen der Nutzungsart Wohnen und den übrigen Nutzungen, was wir nicht angemessen finden. Das Ziel ist, den MIV in der Stadt Bern insgesamt zu reduzieren.
Antrag: Die Parkplatzzahl insgesamt (über alle Nutzungsarten, inkl. Wohnen) ist so festzulegen, dass der durch die Nutzung induzierte Verkehr zu weniger als **10%** durch den MIV bewältigt wird (statt wie vorgesehen 20%).
- M5 Reduktion der Parkplatz-Erstellungspflicht bei Neu- und Umbauvorhaben:
Wir begrüssen die zweite Massnahme, sie ist jedoch viel zu wenig konkret.
Antrag: Massnahme konkretisieren (in welchen Gebieten dürfen wie viele PP geschaffen werden?).
- M12 Sicherstellung von Parkplätzen für CarSharing
Massnahme M12 sieht die Einführung eines Car-Sharing-Modells analog zu Catch-a-Car vor. Wir würden einem solchen Modell nur unter der Voraussetzung zustimmen, dass es ausschliesslich mit Elektrofahrzeugen betrieben wird.
- M19 Parkierungsmöglichkeiten für Lastwagen und Anhänger
Transporte in die Stadt sollten mit möglichst stadtverträglichen Transportmitteln erfolgen. Ein Transporter ist z.B. besser als ein LKW, ein Cargo-Velo besser als ein PKW.
In einem peripheren City-Logistik-Zentrum (gem. Verkehrskonzept Basel) könnten Waren von (zu) grossen Fahrzeugen auf kleinere umgeladen werden.
Ein Verkehrs-Grundsatz des Kt. Bern lautet «Vermeiden, Verlagern, verträglich gestalten».
Transporte können nicht vermieden werden. Aber das Ziel sollte bei M19 nicht nur



ein ausreichendes Angebot an PP in der Stadt sein, sondern auch – oder vor allem – wenn immer möglich ein Verlagern dieser PP und ein verträgliches Gestalten dieser Transporte.

Antrag: Es ist eine Massnahme «City-Logistik-Center» aufzunehmen. Damit wird die Parkierung von zu grossen Fahrzeugen ausgelagert und die Transporte ins Zentrum auf stadtverträgliche Fahrzeuge umgeladen.»

- **Wirtschaftsverkehr:** Gemäss Parkierungskonzept soll der Wirtschaftsverkehr frei zirkulieren können. Wir befürchten aber, dass im Vollzug die Unterscheidung Wirtschaftsverkehr vom übrigen Verkehr schwierig ist.

Antrag: Es ist aufzuzeigen, wie die Unterscheidung zwischen Wirtschaftsverkehr und übrigen Verkehr vollzogen werden kann.

- **Problematik breitere Autos:** Wir beobachten, dass immer öfter breite Autos über die Parkplätze hinausragen und den Strassenraum verstellen. Hier wird zu wenig kontrolliert.

Antrag: Als Massnahme ist die Verkehrskontrolle in diesem Bereich zu verstärken.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und Vorschläge und verbleiben mit freundlichen Grüssen

i.V. Benjamin Steinweg
Geschäftsführer des Grünen Bündnis